

Wossifche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher:
Ortsverkehr Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr Dönhoff 3686-3698.
Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Durch eigene Geschäftsstellen 3 M monatlich (einschließlich 36 Pf. Zustellkosten)
oder 70 Pfennig wöchentlich. Anzeigen: 46 mm breite mm-Zeile 35 Pf., Familien-
Anzeigen 30 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Nummer 58

FREITAG, 9. MÄRZ 1934

15 Pfennig

Belgiens Minister forrigieren sich

Kabinettskrise vermieden — Barthous Reise nach Brüssel verschoben

BRÜSSEL, 8. März (Eigene Meldung)

Die Erklärungen des belgischen Ministerpräsidenten Grafen de Brocqueville über die Frage der deutschen Aufrüstung haben nicht nur in Deutschland Sensation hervorgerufen, sondern mehr noch in Belgien selbst stärksten Widerhall gefunden. Sogar in den Kreisen der Regierungsmehrheit hatte die Brocqueville-Rede verschiedenartige Auslegungen erfahren. Man war in Belgien wie in Frankreich zu der Ueberzeugung gelangt, daß de Brocqueville ein völliges Aufgeben der Versailler Vertragspolitik im Auge gehabt habe und ein Abschwenken von der Politik Frankreichs in der Rüstungsfrage beabsichtige. Die zeitweilige Gefahr einer Kabinettskrise hatte nicht zuletzt dem belgischen Außenminister Snymans Veranlassung gegeben, in der heutigen Sitzung des Senats zusätzliche Erklärungen zu machen.

Snymans bestritt die Auslegung der Erklärung des Ministerpräsidenten, wonach Belgien einer unbehinderten Wiederaufrüstung Deutschlands den Weg bereiten wolle. Die belgische Regierung weise derartig absurde Gedankengänge zurück. Der deutschen Gefahr sei nur vermittels einer Entente zwischen England, Frankreich und Italien zu begegnen. Eine derartige Allianz zu begünstigen und zu festigen, sei neben der Erlangung von Sicherheitskompensationen Aufgabe der belgischen Regierung.

Aber Snymans rückt nicht von den Erklärungen über die Nichtanwendungsmöglichkeit des Versailler Vertrages ab, sondern bestätigt die stets von ihm vertretene These: lieber eine Rüstungskonvention als ein Rüstungschaos. Snymans erblickt in dem Zugeständnis einer kontrollierten deutschen Aufrüstung bei gleichzeitiger verstärkter Sicherung des Rheinlandpakttes die einzig mögliche Umgehung der Gefahr einer neuen Aufrüstung von seitens Deutschlands.

Bezeichnend für gewisse Divergenzen in den Ansichten zwischen Frankreich und Belgien sind nicht nur die französischen Pressestimmen, sondern auch die in den Abendstunden in Brüssel bekanntgewordene Pariser Meldung, daß der französische Außenminister Barthou seinen für Montag angekündigten Besuch bei dem belgischen Außenminister Snymans aufgeben oder zum mindesten verschieben habe. In Kreisen der belgischen Regierung wird in der vorläufigen Abfrage die Geste einer gewissen Bestimmung erblickt.

Tatsache dürfte sein, daß man an sich sowohl in Belgien wie in Frankreich in der Rüstungsfrage von dem gleichen Blickfeld ausgeht, Frankreich es aber vorzieht, durch Kaschierung seiner wahren Auffassung zum Ziel zu gelangen, während Belgien es vorgezogen hat, durch offene Darstellung ein für allemal mit der veralteten Versailler Vertragstheorie aufzuräumen.

Nationale Auto-Wirtschaft

Zum zweitenmal hat Adolf Hitler die Eröffnung der Berliner Internationalen Automobil-Ausstellung dazu benutzt, der Kraftverkehrswirtschaft das Ziel ihrer Arbeit im Dienste des Gesamten zu zeigen. Mit Stolz konnte sowohl der Reichskanzler wie der Sprecher der Automobilindustrie, Geheimrat Allmers, auf das zurückblicken, was im vergangenen Jahre erreicht worden ist: verdoppelte Belegschaft und in den wichtigsten Zweigen nahezu verdoppelte Produktion. 22 Milliarden Reichsmark betrug im vergangenen Jahre der Umsatz in Kraftfahrzeug-Industrie und -Handel, in Reparaturgewerbe und Wagenpflege, in Altwagenverkauf und Treibstoffverbrauch. Aber getreu dem Grundsatz, daß mit jedem Fortschritt auch das Ziel immer weitergesteckt werden muß, zeigte der Reichskanzler der Industrie, wie weit Deutschland trotz aller Besserung noch gegenüber anderen Ländern in der Motorisierung zurücksteht. Nicht zuletzt deshalb hat man ja grade den Automobilbau als einen der ersten Anknüpfungspunkte der Arbeitsbeschaffung gewählt, weil hier ein ungezügelter Bedarf, also eine natürliche Absatz- und Arbeitsreserve des deutschen Marktes vorhanden ist. Mit Nachdruck hat sich der Reichskanzler zur weiteren Pflege der Motorisierung bekannt, nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus sozialen und kulturellen Gründen.

Dabei ging er erneut von dem Gedanken aus, daß nicht Rückkehr zur Primitivität, sondern Veredelung der Lebenshaltung und gerechte Güterverteilung das Ziel der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik ist. Allzulange hat dem Kraftwagen der Nimbus oder der Makel des Luxusgegenstandes angehaftet. Allzulange hat auch die Industrie durch Konstruktion und Preisstellung diesen Luxusgedanken stark unterstrichen. Der Sinn eines gerechten Ausgleichs kann es aber nicht sein, diesen klassenbetonten Unterschied zu beseitigen, indem man den Luxus abschafft. Vielmehr müssen alle Kräfte in dem Streben vereint werden, möglichst weite Schichten an dieser Errungenschaft der deutschen Erfindergeistes teilnehmern zu lassen. Schon ist ein bedeutender Fortschritt in dieser Richtung erzielt worden. Die untere Preisgrenze konnte immer weiter gesenkt und dadurch eine immer breitere Käufer-schicht dem Kraftwagen erschlossen werden. Verglichen mit dem Stand, den wir noch vor wenigen Jahren inne hatten, kann heute für den gleichen Preis ein wesentlich besseres Produkt geliefert werden, und für einen Betrag, zu dem früher überhaupt kein Automobil hergestellt werden konnte, sind heute schon gute Wagen erhältlich. Unter Hinweis auf den Volksempfänger, der dem Rundfunk hunderttausende neuer Hörer verschafft hat, stellte der Reichskanzler dem Automobilbau die Aufgabe, weiterhin die Preise der finanziellen Leistungsfähigkeit der breiten Massen anzupassen.

Je größer der Inlandsmarkt ist — dieser Gesichtspunkt wurde vom Reichskanzler besonders hervorgehoben —, desto größer werden auch die Ausfuhrmöglichkeiten. Je eher ein großer und gesicherter Inlandsabsatz der deutschen Industrie eine wirtschaftliche Massenproduktion ermöglicht, desto wirksamer wird sie mit den großen Fabrikationsserien der ausländischen Industrie in Wettbewerb treten können. Noch stehen der Ausfuhr deutscher Kraftfahrzeuge große handelspolitische Hemmnisse entgegen. Auf die mannigfachen Verbesserungen und Erneuerungen, die grade in letzter Zeit in deutschen Werkstätten entwickelt worden sind, kann und will freilich die Welt nicht verzichten. Aber der Lizenzverkauf ins Ausland ist, wie Geheimrat Allmers erklärte, nur ein schwacher Trost für die ungenügende Ausfuhr fertiger Wagen, bei der weit mehr deutsche Arbeiter beschäftigt und weit größere Devisenbeträge ins Land kommen würden.

Der Erfolg des vergangenen Jahres ist zu einem wesentlichen Teil durch die fördernden Maßnahmen der Reichsregierung herbeigeführt worden. Einen kräftigen Impuls erhielten Arbeitsbeschaffung und Verkehrsweisen durch das große Straßenbauprogramm, das jetzt mit gesteigertem Einsatz fortgeführt werden soll. Im Zusammenhang damit wurde auch die jahrelange Spannung zwischen Reichsbahn und Kraftwagen durch planvollere Verkehrsstellung und Gemeinschaftsarbeit abgelöst. Als eine wichtige Selbsthilfemaßnahme der Automobilwirtschaft, die aber auch nur aus der veränderten geschäftlichen und geistigen Einstellung der Beteiligten ermöglicht wurde, ist die Marktvereinbarung durch den bekannten „Vertrag der Fünftausend“, das Abkommen zwischen Autohändlern und Fabrikanten zu erwähnen. Fabrikneue Personenwagen wurden von der Paulshafensteuer befreit. In jüngster Zeit ist der Vorschlag gemacht worden, die gleiche Vergünstigung auch dem Altwagen zu gewähren, freilich unter der Voraussetzung, daß er einer Generalreparatur unterzogen und somit für die Arbeitsbeschaffung beim Handwerk nutzbar gemacht wird. Bei Be-

Eine Sekrede Churchills

Und Baldwins Antwort

LONDON, 8. März (Eigene Meldung)

Im Unterhaus hat Churchill eine seiner aufgeregten Deutschen-Reden gehalten. Er malte die Gefahren für England und die Welt aus, die aus dem Geist der jetzigen Führer Deutschlands entstehen müßten. Deutschland rüste und er zittere vor dem Tage, an dem Deutschland stark genug sein werde, das Herz des Empire anzugreifen. Das könne schon in einem Jahr, vielleicht auch in 18 Monaten geschehen. Churchill beschwor die Regierung, schon jetzt weiteregehende Maßregeln zur Verteidigung des Landes zu ergreifen, als die im vorliegenden Wehretat vorgesehenen. Wenn Baldwin, der Führer der Konservativen wolle, werde das Unterhaus in 48 Stunden bewilligen, was die Regierung zur Rüstung des Landes für notwendig halte.

Die hysterische Rede fand natürlich in dem Teil des Hauses, in dem die Diehards und imperialistischen Freunde Churchills saßen, demonstrativen Beifall. Baldwin nahm die Herausforderung Winston Churchills auf. Er stimmte mit Churchill darin überein, erwiderte er, daß die europäische Entwicklung sich in den letzten 12 Monaten tiefgreifend verändert habe, in einer Weise, die für England die Rüstungsfrage noch schwieriger mache. Was auch immer das Endziel sein möge, das Deutschland bei seiner Forderung nach einer Luftmacht bewege — ob es eine militäristische Idee sei, wie einige sagen, oder Nationalstolz, wie andere behaupten — man dürfe das eine wichtige nicht übersehen, daß in

Berlin und an der Ruhr die gleiche Beunruhigung über ungenügenden Schutz, wie hier in England, im Norden Italiens oder in Frankreich bestehe. Da aber alle das gleiche Unruhegefühl hätten, so würde es verbrecherisch sein, wenn die europäischen Regierungen nicht untereinander zu einer Verständigung gelangen würden, um dieses Gespenst zu bannen.

Darin widerspreche er aber Churchill, daß die Reise des Ministers Eden misslungen sei. Er selbst habe keineswegs die Hoffnung auf den Abschluß einer Konvention nach den englischen Vorschlägen ausgegeben, einer Konvention, die jene Rüstungsgleichheit auch für England bringen würde, die erstes Erfordernis zur Vermeidung der Kriegsgefahr sei. Wenn erst ein gleicher Status hergestellt sein werde, bemerkte unter Beifall Baldwin, so würde das Risiko, eine Nation zu überfallen, so groß werden, daß jeder es sich zweimal überlegen würde, ehe er es einlege.

An den Gedanken einer internationalen Luftflotte (französischer Vorschlag) glaube er nicht. Es werde noch Jahre erfordern, bis die Welt so weit international denken könne, um einen derartigen Plan verwirklichen zu können. Aber gesetzt den Fall, fuhr Baldwin fort, daß alle Bemühungen um eine Abrüstungskonvention scheitern würden, dann würde noch am gleichen Tage die englische Regierung versuchen, eine Luftkonvention unter den westeuropäischen Staaten zustandezubringen. In diesem Falle würde die englische Regierung unter allen Umständen dafür eintreten, daß Englands Luftmacht der Stärke der Luftflotten anderer Staaten gleichgestellt würde.

mitteleuropäische Zusammenarbeit einbezogen werden. Zur vollen Verwirklichung der Empfehlungen von Stresa wäre dann nur noch die Mitarbeit Deutschlands ausständig.

Frankreich vermittelt

Zwischen Italien und Kleiner Entente

BELGRAD, 8. März (Eigene Meldung)

Der jugoslawische Gesandte in Paris, Spalaitowitsch, ist heute in Belgrad eingetroffen, um seiner Regierung Bericht zu erstatten über seine Besprechungen mit dem französischen Außenminister Barthou wegen der Regelung der österreichischen Frage und des Donauproblems. Es verlautet, daß seit den letzten Tagen zwischen Paris, Rom und den Hauptstädten der Kleinen Entente lebhafteste Verhandlungen im Gange seien zum Zwecke einer Verständigung in diesen Fragen. Aus Frankreich wird auf die Kleine Entente ein Druck ausgeübt, das italienische Memorandum über die wirtschaftliche Regelung der mitteleuropäischen Fragen als Verhandlungsgrundlage anzunehmen. Seinerzeit wurde dieses Memorandum von der Kleinen Entente zwar nicht abgelehnt, jedoch auch nicht angenommen.

Falls eine Einigung in diesen Fragen erzielt werden sollte — wie verlautet, ist eine solche zu erwarten —, würde gleich nach der Zusammenkunft Mussolini-Ösböös-Dollfuß eine Konferenz aller mitteleuropäischen Staaten folgen, um auf Grund des Memorandums Mussolinis eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Staaten der Kleinen Entente mit Ungarn und Oesterreich zu erreichen.

Italiens Mitteleuropa-Plan

WIEN, 8. März (Eigene Meldung)

Eine zuweilen vom Ballhausplatz gut informierte christlich-soziale Abendzeitung, das „Neuzeit-Weltblatt“, schreibt, der Dreierkonferenz in Rom werde von der gesamten europäischen Öffentlichkeit das größte Interesse entgegengebracht, nicht nur wegen ihres bedeutungsvollen Programms, sondern vielleicht noch mehr darum, weil bereits deutlich erkennbar sei, daß Mussolini entschlossen ist, das jahrelang andauernde Stadium der Konferenzen um die mitteleuropäische Frage durch eine wirkliche Tat zu beenden.

Es sei hinreichend klar gestellt, worum es sich bei dem italienischen Mitteleuropa-Plan handelt. Nicht an eine Blockbildung gegenüber der Kleinen Entente sei gedacht. Das habe Mussolini selbst erklärt. Nicht um eine Zollunion zwischen Oesterreich, Ungarn und Italien gehe es — das wurde von den Regierungschefs Oesterreichs und Ungarns versichert. Lediglich eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der drei Staaten bei voller Berücksichtigung ihrer Exportinteressen werde angestrebt. Entgegen den bewußten Versuchen, diesen wirtschaftlichen Aufbau Mitteleuropas unter italienischer Führung durch Bestimmung der Kleinen Entente zu verhindern, scheine es der italienischen Diplomatie in den letzten Tagen gelungen zu sein, durch ein weitgehendes Einvernehmen mit Frankreich die Bedenken und Befürchtungen in Prag, Bukarest und Belgrad zu zerstreuen. Die Staaten der Kleinen Entente könnten auf Grund zweiseitiger Vertragsabschlüsse jederzeit in die